



PIRATENPARTEI

Deutschland

Landesparteitag 2021.1
Piratenpartei Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg

Antragsbuch

Satzungsänderungsanträge

Antragsnummer	SÄA0018
Einreichungsdatum	6 Oktober 2021 09:41:05 Uhr
Antragssteller	Tastenquaeler
Antragstyp	Satzung
Zusammenfassung des Antrags	Mehr Kommunikation mit den Untergliederungen

Antragstitel

Berichtswesen der Untergliederungen

Antragstext

Der Landesparteitag möge das folgende beschließen.

Die Landessatzung wird in §7a um den Unterpunkt 6 ergänzt mit folgendem Inhalt.

Nachgeordnete Gliederungen berichten regelmäßig in der Landesvorstandssitzung über die Aktivitäten in ihrem Zuständigkeitsbereich, mindestens jedoch einmal im Monat. Als Mindestmaß an Informationsfluss gilt hier aktuelle Kontaktmöglichkeiten, Treffen und Veranstaltungen die in einem landesweiten Kalender oder einem regelmäßigen Newsletter verfügbar gemacht werden können.

Der Bericht kann auch schriftlich erfolgen

Antragsbegründung

Der Informationsfluss beeinflusst maßgeblich die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Aktuell erfolgt dieser vorwiegend über persönliche Kontakte oder durch Weitererzählungen von Vorständen und Gästen in der Vorstandssitzung.

Hierbei ergibt sich zum Einen die Problematik dass lediglich persönliche Blickwinkel auf die Aktivitäten vorhanden sind, zum Anderen auch dass Reaktionen auf Informationen nicht zwangsläufig zurückfließen.

Durch eine formellere Vorgehensweise lässt sich dieser Informationsfluss optimieren und damit unsere Kommunikation insgesamt verbessern.

Konkurrenzanträge

Antragsnummer	SÄA0019
Einreichungsdatum	30 Oktober 2021 18:09:09 Uhr
Antragssteller	Lydia
Antragstyp	Satzung
Zusammenfassung des Antrags	Wir Gendern in Zukunft unsere Kommunikation nach außen um auch praktisch Postgender werden zu können

Antragstitel

Postgender in der Außendarstellung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Landessatzung in §9a um den Unterpunkt 3(a) mit folgendem Inhalt ergänzt wird. Der Vorstand soll gewährleisten, dass der Landesverband in seiner Außenkommunikation diskriminierungsfrei auftritt. Das bezieht sich insbesondere auch auf eine alle Geschlechter umfassende Sprachform.

Antragsbegründung

Wir PIRATEN fordern eine post-gender-Welt und versuchen sie auch zu leben, aber sie existiert in dieser Gesellschaft noch nicht. Im sog. generischen Maskulinum gegenderte Texte schließen Nichtmänner aus, da diese zwar mitgemeint sein sollen, aber in der Praxis oft von Lesenden nicht mitgedacht werden. [1] Auch die Beidnung der männlichen und weiblichen Form ist nicht inklusiv, da sie alle nicht binären Geschlechter und agender Menschen ausschließt. Zudem zeigt inklusives gendern in der Außendarstellung der Partei, dass wir die Realität einer diversen Gesellschaft anerkennen und Wert auf Nichtdiskriminierung und Inklusivität legen. Um die Freiheit der Wahl wie genau inklusiv gegendert wird, also ob y, : oder * verwendet wird, will ich Frei lassen, da es mir um das Ziel der geschlechtergerechten Sprache geht und nicht wie wir diese genau erreichen, besonders da dazu unter den Betroffenen noch kein Einheitlicher Konsens gefunden wurde.

Quellen

[1] <https://econtent.hogrefe.com/doi/10.1026/0033-3042.52.3.131>

Konkurrenzanträge

Antragsnummer	SÄA0020
Einreichungsdatum	6 November 2021 21:40:53 Uhr
Antragssteller	<u>Kuschy</u>
Antragstyp	Satzung
Zusammenfassung des Antrags	Virtuelle Kreisverbände in die Satzung

Antragstitel

Virtuelle Kreisverbände in die Satzung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, den §15 - Gestrichen durch den nachfolgenden Paragraphen zu ersetzen.

§ 15 Virtuelle Kreisverbände

(1) Mitglieder, welche ihren angezeigten Wohnsitz in einem Stadt- oder Landkreis ohne Kreisverband haben, können sich in einem virtuellen Kreisverband (vKV) organisieren. Das Gebiet des vKV entspricht einem oder mehreren Stadt- oder Landkreisen.

(2) Ein vKV ist keine Gliederung im Sinne des Parteiengesetzes. Die Geschäfte werden weiterhin vom Landesvorstand geführt.

(3) Die Kommunalpolitik in ihrem Tätigkeitsgebiet ist eigene Aufgabe des vKV. Die Mitgliederversammlung beschließt über Programm und politische Positionen für das entsprechende Tätigkeitsgebiet.

(4) Die Bildung eines vKV erfolgt im Rahmen einer, durch den Landesvorstand, einberufenen Mitgliederversammlung der im Gebiet des Stadt- oder Landkreises erfassten Mitglieder.

Die Mitglieder wählen eine Person zum Vorsitz des vKV ("Kreisverbandsvorsitzende/r"). Diese Person ist verantwortlich für die Betreuung der Mitglieder des vKV und Beantragung der Gelder beim Landesverband, sowie gemeinsam mit dem Landesvorstand für die Planung und Durchführung von Mitgliederversammlungen. Optional kann zudem eine Pressestelle des vKV, welche verantwortlich für die Kontakte zur örtlichen Presse ist, gewählt werden.

(5) Die von der Mitgliederversammlung bestimmten Piraten werden vom Landesvorstand entsprechend der Wahl beauftragt. Sie nehmen diese Funktion so lange wahr, bis der Landesvorstand die Beauftragung widerruft, sie die Beauftragung zurückgeben oder die Mitglieder des vKV einen anderen Piraten wählen. Ein Widerruf der Beauftragung durch den Landesvorstand muss begründet werden. Den Mitgliedern des vKV steht es frei, die/den frühere/n Beauftragten erneut zur/m Vorsitzenden zu bestimmen.

(6) Wenn der vKV nicht mehr agiert und die Verantwortlichen keine Berichte nach Beauftragten-Geschäftsordnung liefern, ist dem Landesvorstand vorbehalten, die Beauftragungen zu entziehen und in einer neuen Mitgliederversammlung die Möglichkeit zu geben, neue Verantwortliche wählen zu lassen. Sollte die Wahl neuer Verantwortlicher nicht gelingen, wird der vKV per Beschlussfassung des Landesvorstands als aufgelöst erklärt und ist nicht weiter handlungsbefugt.

(7) Die Auflösung des vKV kann zudem mit einfacher Mehrheit der Mitgliederversammlung des vKV beschlossen werden.

Antragsbegründung

Durch das Wegfallen von Kreisverbänden verlieren wir auf kommunaler Ebene vermehrt die organisatorischen Strukturen, welche für die lokale politische Arbeit jedoch sehr wichtig sind, da sich diese z.B. auf die Außenwahrnehmung auswirkt oder auch für das Anmieten von städtischen Veranstaltungsorten für parteipolitische Veranstaltungen seitens der Gemeinde gefordert werden (Beispiel Ulm).

Das Konstrukt des virtuellen Kreisverband (kurz vKV) erlaubt es uns, mit deutlich weniger Personenaufwand diese zu betreiben. Da ein vKV keine Gliederung nach dem Parteiengesetz ist und die Geschäfte durch den Landesvorstand geführt werden, wird lediglich eine Person für den Vorsitz benötigt, was den weiteren Mitgliedern des vKV mehr Kapazitäten für die politische Arbeit verschafft. Dadurch ist es auch für eine kleinere lokale Piratengruppe/Stammtisch möglich, dennoch nach außen ein professionelles Auftreten gegenüber den Gemeinden/Behörden oder der lokalen Presse aufzubauen. Einer Pressemitteilung wird mehr Aufmerksamkeit seitens der lokalen Presse gegeben, wenn diese vom "Vorsitz des Kreisverband XYZ" kommt und nicht vom "Stammtischsprecher".

Durch das in dem Satzungstext verankerte Berichtswesen seitens vKV an den Landesvorstand werden Kommunikation und Informationsfluss zwischen Landesvorstand und Basis gestärkt, wodurch im Landesverband schneller auf Ereignisse oder Probleme reagiert und gezielte Unterstützung den lokalen Piratengruppen zukommen kann.

Konkurrenzanträge

Antragsnummer	SÄA0021
Einreichungsdatum	12 November 2021 14:35:48 Uhr
Antragssteller	<u>Promasu</u>
Antragstyp	Satzung
Zusammenfassung des Antrags	Vereinfachung Protokollierung LPT

Antragstitel

Vereinfachung der Protokollierung auf Landesparteitagen

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der vorhandene § 9b (5) der Satzung wie folgt neu gefasst wird: "Über den Parteitag, die Beschlüsse und Wahlen wird ein Ergebnisprotokoll gefertigt, das von der Protokollführung, der Versammlungsleitung und dem Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden unterschrieben wird. Das Wahlprotokoll wird durch den Wahlleiter und mindestens zwei Wahlhelfer unterschrieben und dem Protokoll beigefügt. Die Geschäftsordnung regelt darüber hinaus weitere Inhalte des Protokolls.". § 9b (5a) wird gestrichen.

Antragsbegründung

Die aktuelle Formulierung ist sperrig. Hiermit werden zwei Absätze zu einem zusammengefasst und die Formulierung an die Bundessatzung angeglichen.

Konkurrenzanträge

Antragsnummer	SÄA0022
Einreichungsdatum	12 November 2021 14:38:12 Uhr
Antragssteller	Promasu
Antragstyp	Satzung
Zusammenfassung des Antrags	Vereinfachung der Rechnungsprüfung

Antragstitel

Vereinfachung der Rechnungsprüfung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der vorhandene § 9b (7) wie folgt neu gefasst wird:
 "Der Landesparteitag wählt zwei Rechnungsprüfer, die den finanziellen Teil des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes vor der Beschlussfassung über ihn prüfen. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Parteitag verkündet und zu Protokoll genommen. Danach sind die Rechnungsprüfer aus ihrer Funktion entlassen.". § 9b (7a) wird gestrichen.

Antragsbegründung

Die aktuelle Formulierung ist sperrig und missverständlich. Hiermit werden zwei Absätze zu einem zusammengefasst und die Formulierung an die Bundessatzung angeglichen.

Konkurrenzanträge

Programmanträge

Antragsnummer	WP0033
Einreichungsdatum	12 November 2021 14:21:48 Uhr
Antragssteller	Michael Knödler @Klickmichi Wiki:Mipi
Antragstyp	Programm
Zusammenfassung des Antrags	Ausbau Schienenverkehr, Expressbusse mit Busspuren, Ausbau Radinfrastruktur, On Demand Verkehr im ÖPNV für ländlichen Raum, Mobilitätspass zur Finanzierung des Fahrscheinlosen Nahverkehrs, Ablehnung von eFuels

Antragstitel

Überarbeitung des Verkehrsprogramm

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen folgende Änderungen im Landtagswahlprogramm im Kapitel "Bauen, Verkehr und Wirtschaft" zu übernehmen.

1) Der Abschnitt "Verkehrsbeschränkungen hinterfragen" wird durch folgenden Abschnitt "Moderne Verkehrspolitik" ersetzt.

Moderne Verkehrspolitik

Wir setzen auf Lösungen, die die Interessen aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer berücksichtigen. Dazu gehört eine vorausschauende Verkehrsplanung genauso wie Verbesserungen im Angebot des öffentlichen Personenverkehrs.

Wir fordern einen weiteren Ausbau des Schienenverkehrs. Wegen der langen Planungs- und Bauzeiten sind übergangsweise auch andere Lösungen weiter zu verfolgen. Expressbusse können relativ schnell und günstig bereitgestellt werden, gerade dort wo keine Schienen vorhanden sind. Um ihren Zweck zu erfüllen benötigen Sie eigene Busspuren, damit sie nicht im Stau stecken bleiben.

Wir fordern einen weiteren Ausbau der Radschnellwege auf den Hauptverkehrsachsen um auch Pendlern die Möglichkeit zu geben schnell und sicher mit dem Rad zur Arbeit zu fahren. Zudem fordern wir Zubringerradwege zu den Radschnellwegen und einen massiven Ausbau einer sicheren Fahrradinfrastruktur besonders in Städten.

Wir fordern die Abschaffung der 2-Meter-Regel im Waldgesetz. Radfahren im Wald soll künftig auch auf Wegen, die schmäler als zwei Meter sind, mit angepasster Geschwindigkeit erlaubt sein.

2) Der Abschnitt "Nahverkehr im ländlichen Raum" wird durch folgenden Absatz ergänzt.

Integrierung von On-Demand-Verkehren in den ÖPNV um günstig, schnell und flexibel direkt von der Haustüre zum nächsten ÖPNV-Knotenpunkt zu kommen. Dieser könnte in Zukunft auch von autonom fahrenden Fahrzeugen unterstützt werden.

3) Der Abschnitt "Fahrscheinlosen ÖPNV voranbringen" wird durch folgenden Absatz ergänzt.

Der Mobilitätspass, welcher früher als Nahverkehrsabgabe bezeichnet wurde, bietet die Möglichkeit einen günstigeren oder fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren.

4) Der folgende Abschnitt wird an geeigneter Stelle im Kapitel "Bauen, Verkehr und Wirtschaft" hinzugefügt (z.B. am Ende der Gliederung "Verkehrskonzept").

Ablehnung von eFuels

Wir lehnen eFuels als Treibstoff im Straßenverkehr ab, denn sie bieten keine klimafreundliche Alternative. Zum einen ist der Wirkungsgrad bei Herstellung und Verbrauch deutlich niedriger als bei Batterien oder grünem Wasserstoff. Zudem wird zu ihrer Herstellung CO2 oder CO benötigt, welches nicht aus der Atmosphäre gewonnen werden kann, sondern vorher eine Oxidation von Kohlenstoff benötigt. Direct Carbon Air Capture ist dafür noch nicht weit genug entwickelt und verfügbar.

Antragsbegründung

In der Regionalversammlung bin ich im Verkehrsausschuss für verkehrspolitische Fragen zuständig. Unser Programm ist nicht mehr auf dem Stand der Zeit und benötigt ein Update.

- 1) Im Bisherigen Programm steht drin, dass wir Tempolimits ablehnen. Für Tempolimits auf Autobahnen und Bundesstraßen ist nicht das Land nicht zuständig. Deswegen würde ich das Thema ganz rausstreichen. Wenn dann würde ich heute eher ein Tempolimit begrüßen aus Sicherheitsaspekten und aus Klimaschutz. Es ist eine Klimamaßnahme die nichts kostet. Desweiteren brauchen wir einen weiteren Ausbau des ÖPNV und der Radinfrastruktur
- 2) On Demand Verkehre sind für das Land wichtig. Es gibt zwar bereits Rufbusse, die bedienen aber nur einen vorgegebenen Linienbündel und keine variablen Strecken.
- 3) Mobilitätspass erwähnt zur Finanzierung
- 4) Warum eFuels nichts im Straßenverkehr zu suchen haben. Einsatz maximal für den Flugverkehr denkbar, da dort keine Batterien oder Wasserstoff möglich ist. <https://www.spiegel.de/auto/e-fuels-kohlendioxid-fuer-synthetische-kraftstoffe-klimakiller-gesucht-a-227f0e9e-1d77-470e-89e6-1f82d48fc7c6>

Konkurrenzanträge

WP0036

Antragsnummer	WP0036
Einreichungsdatum	12 November 2021 22:57:46 Uhr
Antragssteller	S3sebastian
Antragstyp	Programm
Zusammenfassung des Antrags	Konkurrenzanzug zu WP0033

Antragstitel

Überarbeitung des Verkehrsprogramm

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen folgende Änderungen im Landtagswahlprogramm im Kapitel "Bauen, Verkehr und Wirtschaft" zu übernehmen. Dieser Antrag konkurriert mit WP0033 und übernimmt sinnvolle Teile aus diesem.

Die einzelnen Punkte werden dabei modular abgestimmt.

1) Der Nachfolgende Punkt wird im Landesprogramm hinter dem Punkt Verkehrsbeschränkungen hinterfragen eingefügt:

Moderne Verkehrspolitik

Wir fordern einen weiteren Ausbau des Schienenverkehrs. Wegen der langen Planungs- und Bauzeiten sind übergangsweise auch andere Lösungen weiter zu verfolgen. Expressbusse können relativ schnell und günstig bereitgestellt werden, gerade dort wo keine Schienen vorhanden sind. Um ihren Zweck zu erfüllen benötigen Sie eigene Busspuren, damit sie nicht im Stau stecken bleiben.

Wir fordern einen weiteren Ausbau der Radschnellwege auf den Hauptverkehrsachsen um auch Pendlern die Möglichkeit zu geben schnell und sicher mit dem Rad zur Arbeit zu fahren. Zudem fordern wir Zubringerradwege zu den Radschnellwegen und einen massiven Ausbau einer sicheren Fahrradinfrastruktur besonders in Städten.

2) Der Abschnitt "Nahverkehr im ländlichen Raum" wird durch folgenden Absatz ergänzt.

Integrierung von On-Demand-Verkehren in den ÖPNV um günstig, schnell und flexibel direkt von der Haustüre zum nächsten ÖPNV-Knotenpunkt zu kommen. Dieser könnte in Zukunft auch von autonom fahrenden Fahrzeugen unterstützt werden.

3) Der Abschnitt "Fahrscheinlosen ÖPNV voranbringen" wird durch folgenden Absatz ergänzt.

Der Mobilitätspass, welcher früher als Nahverkehrsabgabe bezeichnet wurde, bietet die Möglichkeit einen günstigeren oder fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren.

4) Der folgende Abschnitt wird an geeigneter Stelle im Kapitel "Bauen, Verkehr und Wirtschaft" hinzugefügt (z.B. am Ende der Gliederung "Verkehrskonzept").

Ablehnung von eFuels

Wir lehnen eFuels als Treibstoff im Straßenverkehr als Konzept für neu zulassende Autos ab, denn sie bieten keine klimafreundliche Alternative. Zum einen ist der Wirkungsgrad bei Herstellung und Verbrauch deutlich niedriger als bei Batterien oder grünem Wasserstoff.

5) Der bestehende Abschnitt Verkehrsbeschränkungen hinterfragen wird zum folgenden Text abgeändert:

Stand 24. November 2021

Verkehrsbeschränkungen sollen nur nach sorgfältiger Prüfung der Voraussetzungen angeordnet werden. Es darf nicht der Verdacht entstehen, dass sie nur dazu dienen, die Kassen an der Strecke liegender Städte und Gemeinden durch Bußgelder zu füllen.

Wir stehen für ein einheitliches umwelt- und verkehrspolitisches Konzept und lehnen Aktionismus ab. Maßnahmen wie Fahrverbote für einzelne Fahrzeugtypen sind ökologisch oft nicht sinnvoll und treffen Menschen die sich keine neueren Fahrzeuge leisten können besonders hart. Den Menschen, die auf die Benutzung dieser Verkehrsräume angewiesen sind, werden dabei keine praktikablen Alternativen geboten. Auf Autobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Straßen sollen statt flächendeckenden Tempolimits dynamische, den Witterungsverhältnissen und der Verkehrsbelastung entsprechende Geschwindigkeitsbegrenzungen gelten oder gegebenenfalls aufgehoben werden, um ein zügiges Vorankommen zu gewährleisten, wenn die Umstände es zulassen.

Wir setzen stattdessen auf Lösungen, die die Interessen aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer berücksichtigen. Dazu gehört eine vorausschauende Verkehrsplanung genauso wie Verbesserungen im Angebot des öffentlichen Personenverkehrs.

Wir fordern die Abschaffung der 2-Meter-Regel im Waldgesetz. Radfahren im Wald soll künftig auch auf Wegen, die schmäler als zwei Meter sind, mit angepasster Geschwindigkeit erlaubt sein.

Antragsbegründung

Eine IMO piratigere alternative zu WP0033

Konkurrenzanträge

WP0033

Antragsnummer	WP0034
Einreichungsdatum	12 November 2021 21:00:15 Uhr
Antragssteller	S3sebastian
Antragstyp	Programm
Zusammenfassung des Antrags	Effektive Maßnahmen für eine Bekämpfung der Coronapandemie nach dem derzeitigen Wissensstand als Forderung der PiratenBW aufnehmen.

Antragstitel

Unser Plan für eine effektive Pandemiekämpfung

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen den unten genannten Antragstext in das Programm aufzunehmen. Dabei ist Teil des Antrags, dass der Text automatisch zum Ende des zweiten Jahres nach dessen Beschluss wieder automatisch aus dem Programm entfernt wird, da von einer dauerhaften Aktualität der Positionen nicht auszugehen ist. Der Programmtext wird ans Ende des bestehenden Landesprogramms eingefügt, muss aber in gedruckten Formen des Programms ausdrücklich nicht mit abgedruckt werden.

Der Programmtext:

Unser Plan für eine effektive Pandemiekämpfung

Das Vorgehen der Regierungen in der Coronapandemie war bislang oft inkonsistent und wurde wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht gerecht. Wir wollen daher, dass effektive aber dennoch nicht all zu stark freiheitseinschränkende Maßnahmen, mit denen man besser und mit weniger Opfern durch die Pandemie kommen könnte, Anwendung finden. Daher befürworten wir die folgende Vorgehensweise:

- Ziel ist es die Inzidenz so niedrig wie möglich zu halten. Dabei muss schon reagiert werden, wenn ein ansteigender Trend der Inzidenz erkennbar ist, und nicht erst wenn hohe Fallzahlen erreicht wurden. Eine Orientierung an der Auslastung der Intensivbetten halten wir für den falschen Weg, da hierdurch zwangsläufig zu spät reagiert und viele Opfer in Kauf genommen werden. Eine niedrige Inzidenz ist auch wichtig um ältere und kranke Menschen, sowie solche die sich nicht impfen lassen können zu schützen. Der Versuch diese stattdessen nur durch Isolation zu schützen, war bislang z.B. in Altenheimen nicht erfolgreich, und sollte daher nicht weiter Verfolgt werden.

- Schulen müssen als einer der Haupttreiber der Pandemie gesehen werden. Daher ist es notwendig diese bis zum erreichen sehr niedriger Infektionsraten besonders im Fokus zu behalten. Eine Maskenpflicht im Unterricht, die Installation von Luftfiltern, Wechselunterricht bzw. wo es möglich ist Fernunterricht sowie eine Aufhebung der Präsenzpflicht, um vulnerabile Personen zu schützen, halten wir im Schulbereich für zielführend.

- Beim Impfen setzen wir auf niederschwellige Impfangebote und eine gute Informationskampagne. Insbesondere auch Boosterimpfungen sollen dabei jeder Person, die bereit ist sich impfen zu lassen, ohne bürokratische Hürden zugänglich sein.

- Flächendeckende Tests sind ein wichtiger Bestandteil der Pandemiekämpfung. Jede erkannte Erkrankung und dadurch verhinderte Infektionskette hilft. Deshalb plädieren wir dafür, dass die Tests grundsätzlich kostenfrei zugänglich sind. Da eine sterile Immunität insbesondere bei mehreren Monaten zurückliegenden Impfungen nicht immer gewährleistet ist, sollten auch geimpften Personen weiterhin Tests angeboten werden.

- An der Maskenpflicht in Geschäften und sonstigen der Allgemeinheit zugänglichen geschlossenen Räumen wollen wir festhalten, bis dauerhaft eine sehr niedrige Inzidenz erreicht ist.
- Ein Aussetzen der Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter halten wir für falsch. Falls diese nicht mehr durchgeführt werden kann, weil nicht genügend Personal vorhanden ist, sollen notfalls auch Mitarbeiter anderer Behörden, der Bundeswehr oder Freiwillige bei der Kontaktverfolgung mithelfen.

Antragsbegründung
folgt

Konkurrenzanträge

Antragsnummer	WP0035
Einreichungsdatum	12 November 2021 22:39:23 Uhr
Antragssteller	S3sebastian
Antragstyp	Programm
Zusammenfassung des Antrags	Zusätzlich zum Antrag "Unser Plan für eine effektive Pandemiebekämpfung", der beschreibt was wir wollen, ein Antrag zu Freiheitseinschränkungen die wir als Piraten nicht wollen können.

Antragstitel

Freiheit wahren, auch in der Pandemie

Antragstext

Der Landesparteitag möge beschließen den unten genannten Antragstext in das Programm aufzunehmen. Dabei ist Teil des Antrags, dass der Text automatisch zum Ende des zweiten Jahres nach dessen Beschluss wieder automatisch aus dem Programm entfernt wird, da von einer dauerhaften Aktualität der Positionen nicht auszugehen ist. Der Programmtext wird ans Ende des bestehenden Landesprogramms eingefügt, muss aber in gedruckten Formen des Programms ausdrücklich nicht mit abgedruckt werden.

Die einzelnen Absätze sind modular abzustimmen.

Der Programmtext:

Freiheit wahren, auch in der Pandemie

Wir wünschen uns eine zielgerichtete und effektive Pandemiebekämpfung, da wir die Bedrohung durch das Coronavirus sehr ernst nehmen. Jedoch vergessen wir auch in dieser Situation den Leitsatz "Freiheit statt Angst" nicht, und sind daher nicht bereit wichtige Grundrechte für teils zweifelhafte und willkürliche Maßnahmen zu opfern. Wenn Freiheitsrechte betroffen sind, muss eine strikte Rechtsgüterabwägung erfolgen und eine klar zu begründende wie auch zielgerichtete Ausrichtung der Einschränkungen erkennbar sein. Vorgehensweisen die nachweislich ineffektiv waren, sollten auch nicht erneut angewandt werden.

- Eine Impfpflicht lehnen wir aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ab. Der Staat hat kein Recht Menschen zu einer medizinischen Behandlung zu zwingen. Wir rufen jeden dazu auf sich impfen zu lassen, halten Zwang dabei aber nicht für legitim.
- Ausgangssperren lehnen wir als nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Bewegungsfreiheit in jeder Form ab. Diese sind nicht unmittelbar zielführend Kontakte zu verhindern und generell eine inakzeptable Anmaßung des Staates in das Leben der Bürger einzudringen.
- Gesundheitsausweise wie digitale Impfzertifikate sollen wieder abgeschafft werden. Es muss möglich sein sich frei im öffentlichen Raum zu bewegen ohne sich Ausweisen zu müssen. Es besteht hier die Gefahr, dass über die Pandemie hinaus diese Art der Kontrolle normalisiert wird. Der persönliche Impfstatus geht weder den Staat noch private Einrichtungen etwas an.
- Die sogenannte 2G-Regelung und sonstige Vorgehensweisen, die eine Impfpflicht durch die Hintertür darstellen, gehen unserer Vorstellung nach zu weit. Es ist nicht Aufgabe des Staates seine Bürger zu erziehen.

- Ein hohes Datenschutzniveau muss auch während der Pandemie gewährleistet werden. Insbesondere gilt das dort, wo durch datenschutzfreundliche und vertrauenswürdige Alternativen wie z.B. die Open-Source-Software der Corona-Warn-App qualitativ gleichwertige Lösungen zu weniger privatsphärefreundlichen Alternativen möglich sind.
- Eine Schließung des Einzelhandels, auch für Güter die nicht den täglichen Bedarf betreffen, ist dort wo genügend Platz pro Kunde und somit ein ausreichender Abstand sichergestellt werden kann bei gleichzeitiger Maskenpflicht abzulehnen, da dieser keine maßgebliche Quelle von Infektionen darstellt.

Antragsbegründung

folgt

Konkurrenzanträge

Sonstige Anträge

Antragsnummer	SA0007
Einreichungsdatum	12 November 2021 21:12:16 Uhr
Antragssteller	S3sebastian
Antragstyp	Sonstiger Antrag
Zusammenfassung des Antrags	Texte nicht gendern, wer Statements abgibt darf aber selbst entscheiden, wie diese geschrieben werden

Antragstitel

Keine gegenderte Sprache in der Außendarstellung

Antragstext

Dieser Antrag ist ausdrücklich in Konkurrenz zum Satzungsänderungsantrag SÄA0019 gestellt, da er aber nicht darauf abzielt die Satzung zu ändern, handelt es sich um einen sonstigen Antrag.

Antragstext: Der Vorstand ist dazu aufgerufen, dass der Landesverband in seiner Außenkommunikation eine verständliche und etablierte Sprache nutzt und insbesondere auf mit Sonderzeichen oder sonstigen neuartigen Wortkonstruktionen gegenderte Texte verzichtet. Autoren von Texten und Zitatgeber sind dabei ausdrücklich ausgenommen, und frei darin ihre Wortwahl selbst zu bestimmen.

Antragsbegründung

Ich halte SÄA0019 in der Sache, wie auch mit dem Bestreben so etwas in der Satzung zu regeln, für falsch, daher als sonstiger Konkurrenzantrag.

Konkurrenzanträge

Nicht im Antragsbuch sind:

SA0008

- ein sonstiger Antrag auf Änderung der Tagesordnung ist als solches nicht zulässig. Die Tagesordnung ist eine Woche vor dem Landesparteitag auf einer entsprechend öffentlichen Plattform zu veröffentlichen.